

on führen militärische und haben sich überdecken würden. Ein großer Teil der Einbrecher findet in anderen Viehdörfern. Die Einbrecher sind am leichtesten den Tod.) Mit G. Ann. B. hier. Sie gehen, und als sie ankamen, fanden sie tot.

Ergiebige und Vogelüberbau ist jedes wieder einen bunten Stoff, der den Aussichtsmöglichkeiten wiederum erzählendes Natur mit Schönheiten unseres Ortes, Schlebenberg, Oberschlebenberg, oben auf anderer Seite sein Augen in Sage und Geschichte. Stammbuchblätter umherzusuchen und der übrigens alle einen großen Teil durch alle Postanstalten bestellt 1 Mk. 50 Pf.

vom Bankhaus	& Heimat	Lichtenstein-Callnberg
16. 2.	19. 2. 20	77,50
84. —	78. —	77,50
82,50	67,30	—
57,25	58,75	—
84. —	65. —	—
54,50	55,50	—
22. —	82. —	—
56,75	106. —	—
32. —	104. —	—
98,75	99. —	—
111,75	111. —	—
106. —	106. —	—
20. —	230. —	—
10. —	350. —	—
50. —	468. —	—
75. —	50. —	—
80. —	120. —	—
52. —	280. —	—
55. —	332. —	—
22,50	280. —	—
70. —	214. —	—
90,50	—	—
53. —	432. —	—
14. —	100. —	—

Achtung!  
Marienau.  
g und Montag  
Bierfest.  
ff. Stoff.  
o Sonntag  
musik.  
stens gehort.  
n Grunert u. Frau

gen täglich  
gewalgt im Preis!

mer, Küchen, Her-  
zel, Stühle, Tische,  
ten Zier- u. Klein-  
ig  
arbeiten.  
nstr.)  
oll-  
Be 5  
ebahn-Haltesteile.

Auf  
Wunsch  
kostenlose  
Aufbewahrung!

Baar  
Polzohler

istelle dieses Blattes  
ärungen  
blatt-Denkmal.

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruhlschnappel und Tirsheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtag, nachmittags für den folgenden Tag. — Bezugspreis: 6,75 Mk. vierstöckig frei ins Haus durch die Post bei Abholung 6,75 Mk. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 15 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechsgesparte Grundseite wird mit 40 Pf., für auswärtige Besteller mit 50 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigesparte Zeile 80, für auswärtige 120 Pf. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Ansprechender Nr. 7. Drahtanschrift: "Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86897.

## Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 43.

Sonnabend, den 21. Februar 1920

70. Jahrgang

Durch Verordnung des Ministeriums des Innern ist folgender § 5 der Mieterschutzbekanntmachung vom 23. September 1918 für die Stadt Lichtenstein-Callnberg in Kraft gesetzt worden.

Mocht sich im Bezirk einer Gemeindebehörde, in dem ein Einigungsamt errichtet ist, nach dem Erlassen der Landeszentralbehörde ein besonders starker Mangel an Mieträumen geltend, so kann die Landeszentralbehörde die Gemeindebehörde zu der Anordnung ermächtigen oder verpflichten, daß jeder Abschluß eines Mietvertrags über Wohnräume, Läden und Werkstätten der Gemeindebehörde vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrags anzugeben ist. Die Gemeindebehörde bestimmt, welche Angaben die Anzeige zu enthalten hat. Wird die Anordnung erlassen, so gelten für den Bezirk die Vorschriften der Abs. 2 und 3.

Übersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnräume, Läden oder Werkstätten der genannten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl die Gemeindebehörde innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrags bei dem Einigungsamt beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis

der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zusteht.

Aus einem Mietvertrag, der der Gemeindebehörde nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn weder die Gemeindebehörde noch der Mieter innerhalb der Frist (Abs. 2) eine Heraussetzung des verhobenen Mietzinses beantragt, wenn die Anträge auf Heraussetzung zurückgezogen werden oder wenn das Einigungsamt über die Anträge entscheidet.

Das Ministerium des Innern hat neuerdings (zu vergl. Bekanntmachung vom 18. Februar 1920 in der Sächsischen Staatszeitung vom 19. Februar 1920) angeordnet, daß die für die Gemeindebehörde in § 5 Absatz 2 festgesetzte Antragsfrist 3 Wochen beträgt.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg

am 20. Februar 1920.

Die Dienststunden der Versorgungsstelle Glashan (früher Bezirkskommando) sind:

Montag—Freitag 8 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 5 Uhr nachmittags

Sonnabend 8 bis 12 Uhr mittags.

Die Nachmittagsdienststunden sind für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Nur dringende Angelegenheiten finden Erledigung.

Versorgungs-Stelle Glashan.

## Kurze wichtige Nachrichten

\* Nach der Baseler Konferenz hat die Konferenz in London den von Frankreich und England eingesetzten Antrag angenommen, der ein Verbot der Käufe des französischen Kaiser und des Kronprinzen nach Deutschland auf Lebenszeit ausspricht.

\* Nach "Herald" wird die Entscheidung über die Ratifizierung des Friedensvertrages in Amerika am 15. März fallen.

\* Die Franzosen beschleunigen die Einziehung des Restutensialjahrganges 1920, da sie auch die deutschen Gebiete besetzen, aus denen Amerikaner und Engländer ihre Truppen zurückgezogen haben.

\* Das Kabinett hat nun die Präsidentschaft in Frankreich unter den üblichen Feierlichkeiten übernommen.

\* Wie der Berliner Vertreter der "Frank. Ztg." erahnt, wird der Oberrechtsanwalt Weigert heute aus Leipzig in Berlin eintreffen, um mit dem Reichsjustizminister Schröder über das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren wegen der "Kriegsverbrechen" und "Kriegsvergehen" sich auszutauschen und die Dinge klarzulegen, die zur Rückfrage nötig sein dürften.

\* Großbritannien hat seinen Verbündeten folgende Darlehen gegeben: An Italien 518 Millionen Pfund, an Frankreich 470½ Millionen Pfund, an Italien 4½ Millionen Pfund, an Belgien 85½ Millionen Pfund, und an andere 71 Millionen Pfund, zusammen 1938 Millionen Pfund.

\* Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Frage der Abstellung der schwedenden Schulden dürften sich, wie die "Voss. Ztg." erahnt, bis zum Ende der Woche ausdehnen. In der gestrigen Sitzung unter Vorsteher des Reichsfinanzministers wurde über eine neue Anleihepolitik gesprochen, und es wurden Maßnahmen zur beiderseitigen Einziehung der Steuern erwogen.

\* Der preußische Landwirtschaftsminister Brügel hat an sämtliche preußischen Landwirtschaftskammern einen Erlass gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß eine nachhaltige Besserung unserer Ernährungslage nur möglich ist durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Gleichzeitig aber wird den Landwirten dringend aus Herz gelegt, aus freien Stücken heraus das Recht abzuliefern, um das Schlimmste abzuwenden.

\* Die Dänen haben sich in der ersten Schleswiger Abstimmungszone vieler Wahlfälschungen schuldig gemacht und deutsche Stimmen unterschlagen.

\* Dem "Hamb. Fremdenblatt" wird aus Konstantinopel geschildert, daß zwei große Dampfer, jetzt mit

etwa 2000 Flüchtlingen an Bord, auf Minen gesunken sind. Man glaubt, daß alle Passagiere umgekommen sind.

Die Entente gestaltet ein härteres deutsches Heer.

Berlin, 19. Februar.

Der Präsident des Obersten Rates Lloyd George übermittelte dem deutschen Gesandtschaftsräte in London, Herrn Ellamer, die nachfolgende Note:

Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß seitens des Präsidiums der Kontrollkommission in Berlin die Auflösung des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die jetzige Lage gelenkt wird, in die die deutsche Regierung versetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf die kritische Erfüllung des Artikels 160 des Verfassungskontraktes bestehen, nach welchem die gesamte Militärfürstärke der Deutschen in den deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 die Zahl von 100'000 Mann, die Offiziere und die Depoteeinrichtungen umfassen, nicht überschreiten darf. Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailler Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich die Deutsche Rat darin entschieden, zu bestimmen, daß die deutschen Streitkräfte bis zum 10. April 1920, das heißt drei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages, in Gemäßheit des Artikels 160 auf 100'000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100'000 Mann zurückgezogen werden. Ich habe die Ehre, Sie zu erläutern, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.

## Amerikas Drohung.

Berlin, 18. Februar. Der Berliner Korrespondent der Basler Nachrichten will, wie der "A. A." mitteilt, erfahren haben, daß die Nachlebigkeit des Verbandes nicht allein durch jene Berichte bewirkt wurde, die von der englischen Militärmmission in Berlin nach London gesandt worden sind, sondern auch durch einen ganz energischen Schritt der vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nämlich der Friedenskonferenz in London gleichzeitig mit der Note über Fiume und die Lösung der Adriafrage auch eine Note über die Auslieferungsangelegenheit zugestellt, in der hervorgehoben wurde, daß es dringend notwendig sei, Sorge zu tragen, daß in Deutschland die innerpolitischen Verhältnisse sich nicht weiter verschärfen. Die amerikanische Note enthält klipp und klar die Drohung, daß Amerika sich von den europäischen An-

## Bekanntmachung.

Baumstiel bet.

Noch immer treiben die rohen Menschen, denen es anscheinend eine sadistische Freude bereitet, die jungen Obstbäumchen an unserer Hauptstraße ihrer Kronen zu berauben, ihr Unwesen. Noch immer ist es nicht gelungen, derselben habhaft zu werden.

In berechtigter Entrüstung über diesen Frevel hat der Gemeinderat die Belohnung für die Ermittlung der Täter auf 200 Mark erhöht und lädt hierdurch alle diejenigen bitten, welche irgendwelche Angaben über die vermeintlichen Täter machen können, dies schnellstens dem Untergeschneidet zu melden, damit strengste Bestrafung derselben in die Wege geleitet werden kann.

Hohndorf, am 19. Februar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Schuster.

## Bekanntmachung.

Nachdem die Gemeindesinkommensteuerzettel den Belastungsfälligen behandigt worden sind, werden dieselben, welche einen solchen nicht erhalten, aufgefordert, sich beim Unterzeichneten zu melden.

Rödlich, am 20. Februar 1920.

Reinhold, Gemeindevorstand.

gelegenheden gänzlich zurückziehen werde, falls der Verband nicht geneigt wäre, nachzugeben.

Für das plötzliche und vollkommen unvermittelte Dazwischenreiten der Vereinigten Staaten in der Auslieferungsfrage soll, wie die Nat. Ztg. erfährt, die Handlung der südländischen Getreide ausführenden Staaten maßgebend gewesen sein. Die Vertreter dieser Staaten betonten in Washington, daß die amerikanische Getreideausfuhr einen weiteren ungeheuren Schaden erleiden würde, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse in Europa, besonders aber in Deutschland, eine neue Umwandlung erfahren würden. Die Südstaaten haben ungeheure Vorräte an Getreide und Mais liegen, die sie nicht ausführen könnten, wenn es in Deutschland wegen der Auslieferung zu neuen Unruhen käme. Aus derselben Quelle erfährt das Blatt weiter, daß die amerikanische Regierung infolge der Vorstellungen dieser Staaten beschlossen habe, den amerikanischen Getreideausfuhrhändlern gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen, daß Deutschland die amerikanischen Lieferungen bezahlen werde. Durch diese Sicherung soll es Deutschland ermöglicht werden, trotz des schlechten Standes seiner Valuta Lebensmittel in größeren Mengen sofort zu beziehen.

## Deutsches Reich.

Treuen. (Sächsische Volksstimme.) Die Volksstimme erledigte gestern zunächst Wahlen. In den Lebensmitteldeirten wurden aus der Volksstimme entzogen die Abgeordneten Langen, Ritsche und Thiembo (Soz.), Umlau und Hartmann (Dem.), Denhardt (Umlau), Schubert (Deutsch.) und Böhmer (Deutsche Volksv.). Hiermit wurden die durch die neue Geschäftsordnung der Volksstimme notwendig gewordenen Neuwahlen für die Zusatzwahlen vorgenommen. In die Finanzausschüsse A und B und in den Rechtsausschuss wurden je 15 Mitglieder und in den Prüfungsausschuss 15 Mitglieder gewählt. Abg. Hofmann (Deutsch.) erhielt den Bericht über die Vorlage Nr. 30, betreffs den Rechenschaftsbericht über den Haushalt für 1916/17, der, wie der Rechenschaftsräte bemerkte, schon die enorme Verlustsumme erläutert läßt, die durch den Krieg entstanden ist. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) bemängelt bei dem Rechenschaftsbericht über den Haushalt des Statlichen Elektrostatunternehmens für 1916/17, daß dieser Bericht so sehr spät kommt. Nachdem von einem Regierungsräte zugesagt wurde, daß in Zukunft die Rechenschaftsberichte entsprechend früher vorgelegt werden sollen, werden die vorliegenden Berichte den Finanzausschüssen

A und B überwiesen und die Sitzung wird nach kaum einstündiger Dauer geschlossen. — Rächte Sitzung Dienstag, den 2. März, mittags 1 Uhr. Tagessordnung: Verwaltung der sächsischen Landessteuern, Petitionen.

**Berlin.** (Die Antwort auf die Note der Alliierten.) Nachdem Reichskanzler Bauer aus dem Kührgebiet wieder in Berlin eingetroffen ist, wird die deutsche Regierung nach Paris abgehen. Wie verlautet, lassen die Beratungen des Reichskabinetts erwarten, daß die leichte Note der Entente nicht in allen Punkten angenommen werden wird. Die deutsche Regierung will selbst die Freiheit haben, zu bestimmen und zu entscheiden, ob das Strafverfahren gegen alle auf der Liste genannten Personen einzuleiten ist. Die Voruntersuchung gegen die von der Entente beschuldigten Personen wird durchaus beschleunigt werden. Wie aus Leipzig gemeldet wird, beträgt die Zahl der Angeklagten, gegen die vom Oberstaatsanwalt bereits Voruntersuchungen beantragt sind, zumindest 100. Nebenher geht selbstverständlich die Prüfung des Anklageschriften, das in der Auslieferungsliste enthalten ist. Dieses Material ist aber so außerordentlich dürr und lückenhaft, daß, soweit sich bisher übersehen lohnt, auch nicht ein einziger Fall die Voraussetzung für die Erhebung einer Anklage gibt. Deshalb wird man sowohl müssen, als von der Entente angekladigte internationalistische Kämpfer, die bereits heute ihre erste Sitzung abhalten soll, die erforderlichen Ergänzungen des Belastungsmaterials vorgenommen und es der deutschen Regierung zur Bezugnahme gestellt hat. Wie wir aus Berlin erfahren, sind dem Reichsgericht in Leipzig vier neue Staatsanwälte zugewiesen worden, die zur Beschleunigung des Prozeßverfahrens mitwirken sollen.

(Unerhörte französische Willkür.) Die Pfalzgendarmerie meidet: Trotzdem die französische Regierung in dem Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig vornehmen zu lassen, wurde gestern der Ingenieur der Badischen Amtlinien- und Sodafabrik von Kukoff wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schuhmann Bürger aus Deggendorf, der am 11. Februar aus denselben Gründen von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert. Aus dem gleichen Grunde sind vorher schon fünf andere verhaftet worden. Damit ist jeder schwere Angehörige der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz des eingetretenen Friedenszustandes dauernd in Gefahr, wegen sogenannter Kriegsverbrechen vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

(Die Hebung der Kohleförderung.) Wie die „B. J. a. M.“ erjährt, ist es dem persönlichen Einzelkreis des Reichskanzlers und den ihm begleitenden Ministern in den Verhandlungen im Ruhrrevier gelungen, alle Kreise der Bergarbeiter von der notwendigen Erhöhung der Arbeitszeit und Arbeitsleistung zu überzeugen. Auf Grund der mit dem Komitee und den Ministern gepflanzten Verhandlungen hat die Arbeitsschaft in Essen beschlossen, ausgedehnte Überstunden zu verhängen. Die Arbeitszeit wird sich danach auf etwa 8½ Stunden belaufen.

(Die deutschen Waffenlieferungen an Tschechoslowaken.) Die Tschecho-Slowakei erhält weiteres deutsches Kriegsmaterial, und zwar die Restbestände aus dem vom Reichskabinett ausgegebenen Vertrage vom September 1919. Es handelt sich bei dieser neuen Lieferung um 5 Millionen Blattpatronen, um 40000 Leuchtspurpatronen und um Zubehörteile zu Maschinengewehren. Die Lieferungen erfolgen auf Weisung des Reichsverwertungsamtes aus dem Artilleriedepot Kassel. Die Gegenleistung bilden Zucker und Kohle aus der Tschecho-Slowakei.

(Der deutsche Sozialistentag.) Die Deputationsstelle für Einigung der Sozialdemokratie hat den von ihr

für den 21. Februar geplanten zweiten deutschen Sozialistentag auf den 7. und 8. März verschoben. Diese Tagung soll sich auch mit der Gründung der neuen Partei, die von süddeutschen Sozialisten propagiert werden ist, befassen. Die Parteidirektoren sämtlicher sozialistischer Parteien werden ersucht, sich auf der Tagung vertreten zu lassen.

(Die Auslieferung des Exkaisers.) Wie der „Matin“ aus dem Haag meldet, hat die zwölfte Note der Alliierten an Holland über die Auslieferung des Exkaisers in politischen Kreisen einen weinlicheren Eindruck gemacht und die Regierung in Verantwortung gebracht. Im Haag hat man einen vorjährlichen Ton erwartet. In Regierungskreisen wird die Insel Curacao, nordöstlich von Venezuela, als Verbanntungsort des Exkaisers vorschlagen, wenn er das holländische Land durchaus verlassen müsse. Das Verbringen des Kaisers nach Holländisch-Indien ist der holländischen Regierung nicht erwünscht.

### Auslieferung des Idioten.

Am 10. Februar fand im Ministerium des Innern unter Beteiligung anderer Ministerien und des Landeskanzleramts eine Beisprechung zwischen verschiedenen Organisationen des Reichs und Bezirkverbände statt. (Dazu: Gründetag, 10. Februar, Befreiungskriegervereinigung, Vereinigung von Bürgergemeinden und Gemeindeverbänden, Verband der Bezirkverbände und sozialistisch-revolutionären Verbänden der Bevölkerung des Gemeindesterritoriums in Sachsen, die infolge der bereits eingetretene Reichssteuerreform erfochten musste. Bezeichnungsweise stand darüber dar, die Befreiung des vom Reich zu überlassenden Autonomie der hauptsächlichen nach ehemaligen Kreisen, die nach dem Auskommen im Jahre 1919 noch verrechnet werden müssen, zwischen Land und Gemeinde erfolgen soll, und das die Bezirkverbände wie bisher ihren Bedarf in der Haushalte durch Unterbringung auf die Gemeinden zu denen haben werden. Die Bezirkverbände würden daneben noch ein Sondersteuertarif im bisherigen Umfang (Veranlagungssätzen usw.) jedoch unter Befreiung der Kommunalsteuern einstimmen beschließen. Der Zoll wird auch tätig, aber noch einem neuen Maßstab, Grundsteuern erhoben. Die Gemeinden möchten in dem Rechte gleichfalls Grundsteuern zu fordern, und in der Wahl des Grundsteuertarifes freie Hand zu behalten. Zur Bereinigung der Überbelastung der Gemeindesteuer wird es genügen, die Einführung genehmigungspflichtig zu machen. An der Grundsteuerwerbung wünschen die Gemeinden einen stärkeren Anteil auf Kosten des Landes zu erlangen, als bei der vorläufigen Regelung vorgesehen worden ist. Werbesteuern können noch älter Überzeugung nur durch Landesgesetz, nicht durch Ortsgesetz geregelt werden. Die Beteiligung der Kirchengemeinden am Ausdringen der Einkommen- und der Steuerwerbung wird entfallen. Die Religionsgesellschaften erhalten durch Reichsgesetz ein eigenes Steuerrecht. Die Frage, ob etwa zur Vereinfachung der Untersteuerung die besonderen Schulgemeinden zu beseitigen seien, bedarf noch der Klärung.

### Die „Greuelstafe“ von Dinant.

In den Auslieferungslisten werden viele sächsische Heeresangehörige angeblicher Greuelstolen in Dinant beschuldigt. Wie die Greuelstolen in Wirklichkeit aussiehen, darüber klärt folgende amtliche Rechtfertigung der sächsischen Truppen auf:

Die nunmehr vorliegenden belgischen Auslieferungsliste und die darin enthaltenen unerhörten Anklagen gerade gegen sächsische Truppen und ihre Führer, die vor allem mit dem Namen Dinant verknüpft sind, haben die amtlichen Stellen veranlaßt, Material namentlich über die Ereignisse der Auguststage 1914 und

über den durch sie verursachten Volkskrieg im Belgien zu sammeln. Die Vorgänge bei Dinant bilden den Hauptteil der nach der Auslieferungsliste den sächsischen Truppen gemachten Vorwürfe der Verbundstaaten. Dem amtlichen Material über diese Vorgänge sei zunächst entnommen:

Im Verein mit der belgischen Regierung, die in ihrer Denkschrift vom Jahre 1917 (Graubuch) kurzhand jede Teilnahme der belgischen Bevölkerung an den Kampfhandlungen leugnet, hat die französische Heeresleitung nachzuweisen sich bestrebt, daß der Widerstand östlich der Maas bis einschließlich 23. August von Truppenteilen und Artillerie des französisch-belgischen Heeres geleistet worden sei. In besonderen sei auch Dinant durch die Truppe in Verteidigungszustand gesetzt und verteidigt worden.

Unterstellt man diese Behauptung als wahr, so ergibt sich aus ihr zunächst mit zwingender Folgerichtigkeit die schweren Schuld der französisch-belgischen Heeresleitung, die einen Ort wie Dinant mit Vorbedacht als Platz für nachhaltige Kämpfe wählte und vorbereitete, ohne die ungünstliche Zivilbevölkerung die Möglichkeit abgab, sich der ihr damit drohenden Gefahr rechtzeitig zu entziehen. Verbindet man ferner mit diesem Gedanken die unüberlegbare Tatsache, daß östlich der Maas der französische Bevölkerung ausreichlich von Männer in Zivilkleidung geführt wird, so ist man die Überzeugung gewann, daß die Verteilung der Zivilbevölkerung in der Kampfzone in bewusster Absicht erfolgte; dem Feinde sollte es erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden, den unbewaffneten Bürger vom Kämpfer zu unterscheiden. Solche Szenen, mit diesen jenseits vernichten, sollte also mindestens als mittlere Stützung der Verteidigung dienen. Die in den zahlreichen, die Rückzugstränen säumenden Gewändern der belgischen Truppen vorgeführten Zivilbekleidungsstücke erklärten diese Annahme wesentlich. Der Soldat aber, der in übler Kleidung und ohne ein Zeichen der Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht seines Landes kämpft, stellt sich auf eine Stufe mit dem, der widerrechtlich die Waffen führt. Wie dieser hat er das Recht verloren, als Heeresangehöriger behandelt zu werden, und unterliegt den Maßnahmen, die das schändliche Heer nach Kriegsrecht und braucht zu seinem Schutz trifft.

Gestützt nun auf ihre angeführten unbewiesenen Behauptungen beschuldigen heute Belgien und Frankreich unsere Truppen und ihre Führer des Mordes an unschuldigen Landeswohnern und Greuelstolen sowie der sinnlosen Einsächerung ihrer Dörfer und Städte. Zur Befriedigung dieser Beschuldigung sind wir aber nicht auf die Annahme einer absichtlichen Aufopferung der Bevölkerung durch die französisch-belgische Heeresleitung angewiesen. Das in unseren Händen befindliche Tat-sachenmaterial beweist nach Art und Menge erdrückend, daß keinesfalls nur Soldaten in Zivilkleidung, sondern die Bevölkerung Belgien selbst im weitesten Umfang, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts im Kampf mit der Waffe in der Hand sich beteiligt hat. Man erkannte sehr bald, daß hier nicht die akute Woge aufkommender Begierde für das bedrohte Vaterland in natürlicher Wildheit dem eindringenden Feinde entgegenschlug, sondern daß diese bereits methodisch in Bohnen geleitet war. Wir können und werden beweisen, daß dieser Kampf vorbereitet, organisiert und geleitet wurde und daß die Kampfführung Mittel und Versfahren anwandte, deren Tücke und Grausamkeit aus den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges ihre Vorbilder gewonnen zu haben scheint, und eine Fanatisierung des ganzen Volkes bis zu tierischer Wildheit zur Voraussetzung hatte.

Dieser Widerstand mußte gebrochen werden, wie jeder, der die Errichtung des Kriegsverbrechens gefährdet. Die Mittel hierzu mußten stärker sein als die des Wider-

standes. Sind Ihnen so kommt Ihr Blut mit verbrecherischen Taten! Kein Richter kost Recht sprechen vor der Regierung von den sächsischen Regierung.

Wir wollen, daß unsere Söhne, Brüder, um Schutz von Heimat und keine Bestien, regung dazu gehört, unserer Sachen in die Welt geliefert haben.

Wir müssen es wahrhaft bewußt sein, welche Beweise unseres Verlustes von den uns Pionier der Welt gezeigt haben.

Wir müssen es Rechts. Möchten wir wahrhaft bewußt sein, was im Verteuerung, die den Menschen war, wenn seine

### APPENDIX.

Richter.

\*— Festgenommen eine von einer Frau geführte Kellnerin, die sie hierher gebracht.

### Aufzug.

— Reichspost. Einhergegangen und der Postkoffer, fand auf die Postkoffer, fand auf den Bestellzettel der Annahme der Würfelzettel später die Entsendungsgeschäfts vom Beamten bewilligt unter Hand empfangen.

### Schuhwerk.

— Pöhlung. Die Pöhlung und der Schuhwerk haben bei der Bevölkerung hier Schuhwerk zu erschaffen. Der Soldat aber, der in übler Kleidung und ohne ein Zeichen der Zugehörigkeit zur bewaffneten Macht seines Landes kämpft, stellt sich auf eine Stufe mit dem, der widerrechtlich die Waffen führt. Wie dieser hat er das Recht verloren, als Heeresangehöriger behandelt zu werden, und unterliegt den Maßnahmen, die das schändliche Heer nach Kriegsrecht und braucht zu seinem Schutz trifft.

Gestützt nun auf ihre angeführten unbewiesenen Behauptungen beschuldigen heute Belgien und Frankreich unsere Truppen und ihre Führer des Mordes an unschuldigen Landeswohnern und Greuelstolen sowie der sinnlosen Einsächerung ihrer Dörfer und Städte.

Zur Befriedigung dieser Beschuldigung sind wir aber nicht auf die Annahme einer absichtlichen Aufopferung der Bevölkerung durch die französisch-belgische Heeresleitung angewiesen. Das in unseren Händen befindliche Tat-sachenmaterial beweist nach Art und Menge erdrückend, daß keinesfalls nur Soldaten in Zivilkleidung, sondern die Bevölkerung Belgien selbst im weitesten Umfang, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts im Kampf mit der Waffe in der Hand sich beteiligt hat. Man erkannte sehr bald, daß hier nicht die akute Woge aufkommender Begierde für das bedrohte Vaterland in natürlicher Wildheit dem eindringenden Feinde entgegenschlug, sondern daß diese bereits methodisch in Bohnen geleitet war. Wir können und werden beweisen, daß dieser Kampf vorbereitet, organisiert und geleitet wurde und daß die Kampfführung Mittel und Versahren anwandte, deren Tücke und Grausamkeit aus den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges ihre Vorbilder gewonnen zu haben scheint, und eine Fanatisierung des ganzen Volkes bis zu tierischer Wildheit zur Voraussetzung hatte.

Dieser Widerstand mußte gebrochen werden, wie jeder, der die Errichtung des Kriegsverbrechens gefährdet. Die Mittel hierzu mußten stärker sein als die des Wider-

standes. Sind Ihnen so kommt Ihr Blut mit verbrecherischen Taten! Kein Richter kost Recht sprechen vor der Regierung.

Wir wollen, daß unsere Söhne, Brüder, um Schutz von Heimat und keine Bestien, regung dazu gehört, unserer Sachen in die Welt geliefert haben.

Wir müssen es wahrhaft bewußt sein, welche Beweise unseres Verlustes von den uns Pionier der Welt gezeigt haben.

Wir müssen es Rechts. Möchten wir wahrhaft bewußt sein, was im Verteuerung, die den Menschen war, wenn seine

So gingen sie in den Krieg.

Dann kam er und sein Blut floss. Seine Kugeln trafen die Feinde. Sie fielen tot zu Boden.

Ein Kugel traf ihn. Er starb.

### Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von Dr. Gottlob Rabl.

Nachdruck verboten.

Er streckte ihr die Hand entgegen.

„Nur zwei Fragen beantworten Sie mir, ich rufe Sie an. Darauf will ich Sie nicht mehr belästigen.“

Sie blieb mit einem Ruck stehen.

„So fragen Sie — damit wir zu Ende kommen.“

Er sah sie mit heißen Augen an.

„Sagen Sie mir ehrlich — lieben Sie Ihren Gatten?“

Dunkle Blitze schossen in ihr Gesicht.

„Diese Frage werde ich Ihnen, ganz gewiß, nicht beantworten! Ich betrachte sie als — eine Unverschämtheit“, sagte sie mit vibrierender Stimme.

Er wurde leichenblau.

„Sie — Sie hassen mich?“ fragte er, heiser vor Eregung.

Sie richtete sich stolz auf und sah ihn verächtlich an.

„Wasum so große Gefühle für einen Mann wie Sie, Herr Lieutenant? Man habe nicht, wo man — nur verachtet“, sagte sie schneidend.

Wieder lächelte er auf, und sein Gesicht verzerrte sich.

„Sie — Sie wenn du wüsstest, was ich zuletzt habe — was ich noch leide! Wenn du wüsstest wie ich bereue, dich aufzugeben zu haben — du hättest nicht den Mut, mir so harte Worte zu sagen! Du bist doch ein Weib mit einem fühlenden Herzen. Sie, ich leide namenlos — uno ist liebe dich noch immer, werde dich ewig lieben!“

Sie stand wie gelähmt vor Entseben über dies: wilde Qual, die aus seinen Worten flang. Zugleich war sie empört, daß er solche Worte zu ihr sprach.

„Verlassen Sie mich — sofort, ich will Ihre Worte nicht hören, und ich verbiete Ihnen, mich zu vertraulich anzureden. Lassen Sie mich darüber“, sagte sie außer Atem.

„Sie hatte ihr übermäßig den Weg vertrieben. Nun kann sie B. H. kein Mensch mehr zu leben.“

Angst vor diesem leidenschaftlich erregten Menschen stieg in ihr auf. Ihre Verachtung und zugleich verächtliches Mitleid mit ihm erfüllten sie.

„Sie — erbarmen Sie sich“, flehte er heißer. „Sagen Sie mir wenigstens, daß Sie mich nicht vertrieben, daß Sie mir verzeihen.“

„Ich habe Ihnen nichts mehr zu sagen. Lassen Sie mich allein!“ rief sie laut, außer sich vor Zorn und Angst.

Er sah nach ihrer Hand.

„Nur ein einziges, gutes Wort, Sie, ein einziges, gutes Wort“, flehte er.

Sie wollte ihre Hand losziehen. Er hielt sie aber fest.

„Lassen Sie meine Hand los — ich will allein weiterziehen — Sie sind von Sinnen!“ rief sie wieder.

In diesem Augenblick brach quer über den Weg ein Mann durch die Büsche. Er mußte Rees Fuß



